

Pressemitteilung

Ergebnisse der Allensbach-Studie „Niedersachsen 2024.“: CDU stärkste Kraft, Sorgen um den Wirtschaftsstandort Niedersachsen und zunehmender Konjunkturpessimismus.

Hannover, am 5. Dezember 2024

In aller Kürze

- **Größte Probleme:** Bürokratie, Fachkräftemangel und ärztliche Versorgung bleiben zentrale Sorgenpunkte der Bevölkerung, Unterrichtsausfall ist rückläufig.
- **Wachsende Standort Sorgen:** Bevölkerung attestiert Niedersachsen zunehmenden Bedeutungsverlust als Wirtschaftsstandort, 70 Prozent fordern verbesserte Standortpolitik.
- **Automobilindustrie:** 63 Prozent sorgen sich um die Automobilindustrie, Bereitschaft zum Kauf von E-Autos nach wie vor gering (20 Prozent) – vor allem wegen hoher Kosten.
- **Weniger Planungssicherheit:** Unsicherheiten bei Energie- und Lebensmittelpreisen belasten über 80 Prozent der Bevölkerung. 40 Prozent sorgen sich um die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze.
- **Sonntagsfrage:** CDU baut ihren Vorsprung als stärkste Kraft auf 33 Prozent aus, SPD verliert leicht (27 Prozent). AfD (16 Prozent) ist drittstärkste Kraft vor den Grünen (10 Prozent), FDP scheitert an Fünf-Prozent-Hürde.

Wirtschaftliche Unsicherheit dominiert, Verbesserungen bei Schulunterricht und Kinderbetreuung

Die drängendsten Probleme in Niedersachsen sind aus Sicht der niedersächsischen Bevölkerung vor allem überbordende Bürokratie (60 Prozent), Fachkräftemangel (59 Prozent), der Ärztemangel auf dem Land (57 Prozent), die schlechte wirtschaftliche Lage vieler Unternehmen (55 Prozent) und die hohen Mieten in einem Teil der Regionen (54 Prozent). Während Bürokratie, Fachkräftemangel, Ärztemangel und hohe Mieten bereits 2023 als zentrale Problemfelder identifiziert wurden, wird die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage von mehr als der Hälfte der Niedersachsen als drängendes Problem gesehen (55 Prozent gegenüber 36 Prozent im Vorjahr) – immerhin ein Anstieg von knapp 20 Prozent. In den Augen jedes zweiten Befragten (49 Prozent) gelten hier die Unternehmen Volkswagen und Meyer Werft als die Sorgenkinder schlechthin.

Die wachsenden Sorgen um die wirtschaftliche Zukunft des Landes lassen andere Problemfelder in den Hintergrund treten: So wird die Unterbringung von Flüchtlingen nur noch von 30 Prozent (2023: 38 Prozent) als Problem gesehen, um das sich die Politik kümmern soll. Auch der Unterrichtsausfall an Schulen wird weniger kritisch wahrgenommen als noch 2023 (37 Prozent, 2023: 49 Prozent).

Dennoch zeigt die Mehrheit der Befragten Grundvertrauen in die Problemlösungsfähigkeit des Landes. 53 Prozent sehen gute Zukunftschancen für Niedersachsen, sofern geeignete Maßnahmen ergriffen werden.

Standort in Gefahr – Bevölkerung fordert entschlossene Standortpolitik

Die grassierende wirtschaftliche Unsicherheit prägt das Meinungsbild: 54 Prozent erwarten in den kommenden 6 Monaten eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation, nur 9 Prozent eine Verbesserung. Ungünstiger wurde die Entwicklung nur während der Corona-Pandemie eingeschätzt. Diese pessimistische Einschätzung betrifft nicht nur kurzfristige Entwicklungen: 71 Prozent sind überzeugt, dass Deutschland als Standort in den letzten Jahren an Attraktivität verloren hat. Für Niedersachsen sehen dies 46 Prozent der Befragten so, ein deutlicher Anstieg gegenüber Anfang des Jahres (35 Prozent). Die Forderung nach einer aktiveren Politik für den Standort Niedersachsen ist massiv: 70 Prozent der Befragten verlangen mehr Engagement der Landesregierung. Kompetenz in wirtschaftlichen Fragen wird vor allem der CDU zugeschrieben (35 Prozent) im Vergleich zu 22 Prozent für die SPD.

„Der wachsende Vertrauensverlust in den Standort ist ein Alarmsignal für alle Parteien,“ mahnt Dr. Volker Schmidt, Geschäftsführer der Drei Quellen-Mediengruppe, und ergänzt: „Dieser offenbar tiefsitzende Pessimismus zeigt die Dringlichkeit einer entschlossenen Politik, die nicht nur auf kurzfristige Maßnahmen setzt, sondern langfristig Vertrauen aufbaut, um unseren Standort nicht zu gefährden. Beinahe täglich werden Standortentscheidungen gegen Deutschland und gegen Niedersachsen getroffen. Das darf nicht im Interesse der Politik sein und schadet unseren Zukunftsaussichten.“

Krise der Automobilindustrie: Klares Nein zum Verbrenner-Aus

Die wachsenden Probleme der Industrie beunruhigen die niedersächsische Bevölkerung zunehmend (55 Prozent). Die Automobilindustrie steht dabei besonders im Fokus: Fast zwei Drittel der Bevölkerung sind über die Lage der Branche besorgt oder sogar sehr besorgt. Die überwältigende Mehrheit (73 Prozent) hält es für kaum möglich, dass die Unternehmen in der aktuellen Situation noch langfristige Beschäftigungsgarantien geben können.

Die Akzeptanzprobleme der E-Mobilität, die eine Ursache der aktuellen Schwierigkeiten sind, zeigen sich auch in der aktuellen Untersuchung: Nur 20 Prozent der Niedersachsen ziehen in den nächsten Jahren den Kauf eines E-Autos in Betracht. Als wesentliche Hinderungsgründe werden hohe Anschaffungs- und Betriebskosten genannt, begrenzte Reichweiten, unzureichende Ladeinfrastruktur und steigende Strompreise. Jeder zweite Befragte bezweifelt zudem, dass E-Autos wirklich einen Beitrag zur CO₂-Reduktion leisten. Kaufprämien für E-Autos lehnt jeder Zweite ab, wenn diese mit einer Abwrackprämie für Verbrenner einhergehen, sind es sogar 58 Prozent. Das geplante Verbrennerverbot ab 2035 lehnen 64 Prozent der Befragten ab, nur 18 Prozent sind dafür.

Dr. Volker Schmidt: „Die Bürger erwarten jetzt schlicht und ergreifend pragmatische Lösungen, die wirtschaftliche und ökologische Aspekte miteinander verbinden, anstatt eine Technologie gegen die andere

auszuspielen. Wenn diese existenzielle Krise in der Autoindustrie nicht als Aufforderung zu einem Umsteuern auf eine technologieoffene Dekarbonisierung des Straßenverkehrs verstanden wird, um Wertschöpfung und Beschäftigung am Standort Niedersachsen wenigstens zu stabilisieren, dann fragt man sich, was eigentlich noch passieren muss.“

Zukunft: ungewiss. Vier von zehn Niedersachsen sorgen sich um ihren Arbeitsplatz

Die wirtschaftlichen Probleme führen dazu, dass die niedersächsische Bevölkerung immer weniger den Eindruck hat, dass sie ihre Zukunft verlässlich kalkulieren kann. War zum Jahresbeginn die große Mehrheit der Berufstätigen noch davon überzeugt, die Entwicklung ihres Betriebes und die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes verlässlich einschätzen zu können, ist die Zahl derjenigen, die ihren Arbeitsplatz mittlerweile als unsicher einschätzt, seit Jahresbeginn von 29 auf 40 Prozent deutlich gestiegen. Dass das eigene Unternehmen in eine schwierige Lage kommt, befürchtet mittlerweile knapp die Hälfte der Beschäftigten – 13 Prozent mehr als zu Jahresbeginn. Trotz des zwischenzeitlichen Rückgangs der Inflation macht sich die überwältigende Mehrheit Sorgen um steigende Preise in der Zukunft: 84 Prozent sind unsicher, wie sich die Energiepreise entwickeln, 83 Prozent mit Blick auf die Lebensmittelpreise.

Sonntagsfrage: CDU vorn, Regierungsparteien verlieren weiter

Führte die SPD im Jahr 2023 noch mit deutlichem Abstand vor der CDU mit Blick auf die Zukunftskompetenz der Parteien, hat sich das Verhältnis seitdem umgedreht. Aktuell sprechen 32 Prozent der Befragten der CDU die höchste Zukunftskompetenz zu, bei der SPD sind es 26 Prozent – acht Prozent weniger als noch vor einem Jahr. Damit schneidet die SPD in Niedersachsen jedoch nach wie vor deutlich besser ab als die SPD auf Bundesebene.

Die CDU legt in der Sonntagsfrage gegenüber Jahresbeginn weiter zu: 33 Prozent würden aktuell für sie stimmen (Januar 2024: 30 Prozent). Die SPD verliert zwei Prozentpunkte und kommt auf 27 Prozent, gefolgt von der AfD mit 16 Prozent (minus fünf Prozentpunkte) und den Grünen mit zehn Prozent, die einen Prozentpunkt verlieren. Alle weiteren Parteien liegen zurzeit unter fünf Prozent.

Hintergrund

Die Drei Quellen-Mediengruppe beauftragt das Institut für Demoskopie Allensbach seit 2021 in regelmäßigen Abständen mit politischen Studien. Im Befragungszeitraum vom 11. bis 29. November 2024 wurden im Herbst 2024 1.007 repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürger aus Niedersachsen in Face-to-Face-Interviews befragt.

Weitergehendes Material für Ihre Berichterstattung

Mit dieser Pressemitteilung übermitteln wir Ihnen zusätzlich die Original-Grafiken des Instituts für Demoskopie Allensbach zur freien Verwendung.

Wir bitten um Beachtung des Quellenhinweises: „Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Drei Quellen-Mediengruppe“.

Rückfragen richten Sie bitte an:

Tomas Lada
Leiter Medien & Vertrieb
Drei Quellen-Mediengruppe

Telefon: +49 511 1322 2955

Mobil: +49 172 515 66 69

Fax: +49 511 6560 6576

lada@drei-quellen-mediengruppe.de